

Bezugspreis:

Monatlich 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 12. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Gefahr vom Osten.

Liban, 11. März. Grenzbericht vom 10. März: Der Kampf um Palschew und Sakhof-Ringen war sehr schwer.

Die Abteilung Schlenker hat Kurichany besetzt. Vorgeschobene Kavallerie erreichte Martynitschi (nordöstlich Popeljan).

Eine bolschewistische Bedrohung Bindaus wurde durch rasch zuzuführende Gegenmaßnahmen der Landeswehr beseitigt.

Die Lage im Osten

wird von den zuständigen Stellen als kritisch angesehen. Es ist zwar gelungen, Königsberg von gewissen politischen Elementen zu säubern, doch bleibt der Stand der Dinge nach wie vor äußerst unsicher.

Einen Begriff von der polnischen Agitation in Oberschlesien gibt ein Flugblatt, das polnische Flieger in der Gegend von Laurahütte abgeworfen haben.

Polen, Tschechen, Volkshewiten, die ganze Entente, Sparta-Listen — fürwahr ein heißes Liebeswerben. Armes Deutschland!

Innere und äußere Kämpfe in Ostdeutschland

Gleichzeitig mit der Streikbewegung in Oberschlesien, die von polnischnationalistischer Seite unterstützt wird, haben die Polen unter Bruch des Waffenstillstandes ihre Angriffe auf polnisches Gebiet erneuert.

Berlin, 11. März. In der Gegend von Lissa, sowie im Raume von Venischken und Wirnbäum wurden feindliche Patrouillen vorstöße abgewiesen.

Die verschiedenen Nachrichten scheinen sich somit zu bestätigen, wonach die Polen den Waffenstillstand nicht mehr anerkennen und ihn für beendet erklären wollen.

Der Streik in Oberschlesien.

Der Streik in Oberschlesien hat an Ausdehnung gewonnen. Der Kampf hat auch auf die Hüttenwerke übergegriffen.

An zuständiger Stelle erfahren die „P. P. R.“: Zu der Bedrohung Oberschlesiens von außen her durch die Polen und Tschechen kommt wieder einmal die Gefahr von innen durch spartakistische Intrigen.

Unsere Gefangenen in Not.

Deutsche Kriegsgefangene als Sklaven Belgiens in der ehemaligen Kampfzone.

Den deutschen Behörden gehen folgende erschütternde Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zu:

„In Lantzen befindet sich ein Sammellager. Die Kriegsgefangenen müssen sich auf einem größtenteils mit tiefem Schlamm bedeckten Hofe stehend aufhalten.“

In Digmuiden und Ricuport befinden sich Arbeitskommandos in den Ruinen der Ortschaften. Die Kriegsgefangenen hausen in Löchern zwischen Schutt und Wasser.

Arrest wird in neuen Unterständen verbüßt. Inzwischen werden während der Arreststrafen täglich an einen Baum gebunden.

Nach Bekanntwerden dieser Tatsachen, die den Anforderungen von Menschlichkeit und Zivilisation geradezu Hohn sprechen, ist von der deutschen Regierung bei der belgischen Regierung schärfster Protest erhoben und durchgreifende Abhilfe gefordert worden.

Der Abbruch des mitteldeutschen Streiks.

Abtransport der Truppen aus Gotha.

Weimar, 11. März. Da in Gotha die von der Regierung entsandten Truppen ihre militärischen Aufgaben durchgeführt haben, ist mit ihrem Abtransport am 11. März begonnen worden.

Aus Erfurt wird den „P. P. R.“ gemeldet: Hier verlangen die Arbeiter Bezahlung der Streiktage. Es herrscht eine unheimliche Not.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Von Karl Vermuth.

In der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die am 1. und 2. Februar d. J. in Berlin tagte, hat der Vorsitzende der Generalkommission Karl Legien sich vom Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung in ablehnender Weise über das Räteystem geäußert.

Seit das führende Goupi der deutschen Gewerkschaften über das Räteystem so geurteilt, haben sich gewaltige Kämpfe abgespielt, deren Ziele zum Teil auf Anerkennung der Betriebsräte und ihrer gesetzlichen Verankerung gerichtet waren.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung betonten in ihrem Aufruf vom 1. März, daß die Arbeiterräte in Betriebsräte umgewandelt werden müßten.

Zwischen diesen beiden Auffassungen ist ein starker Gegensatz vorhanden, der nur beseitigt werden kann, wenn über die Frage des Verhältnisses der Arbeiterräte und der Gewerkschaften zueinander Klarheit geschaffen wird.

Genosse Legien konnte sich in jener Konferenz mit gutem Recht in der skizzierten Weise über das Räteystem äußern, weil die Betriebsräte durch ihre unregelmäßige und das Interesse der Allgemeinheit völlig außer acht lassende Lohnpolitik eine erhebliche Verwirrung schufen und die Interessen der Gewerkschaftsbewegung schädigten.

Welche Funktionen sollen die Arbeiterräte erfüllen? Sie sollen, nachdem der Bau der politischen Demokratie errichtet ist, das Werk der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie mit schaffen helfen.

Es entsteht die Frage: Fallen diesen Betriebsräten nicht all jene Aufgaben zu, die bereits in der Vorrevolutionzeit die deutschen Gewerkschaften verfolgten?

Hugo Sinzheimer betont in einem soeben erschienenen Sonderdruck aus „Neue Wege zum Aufbau Deutschlands“ gleichfalls, daß das aufgestellte Programm für die Ausgestaltung der Arbeiterräte nichts weiter sei, als eine Verwendung und Ausprägung bereits vorhandener Formen und Bestrebungen.

Die Tatsache aber, daß die Arbeiterräte Organe aller Angestellten und Arbeiter sein sollen, die Gewerkschaften jedoch nur Organe einer Minderheit von Arbeitern und Angestellten sind, läßt die Frage der Organisationspflicht vor uns erneut erheben.

Sind die Gewerkschaften aber gemeinnützige Organisationen, die die Gemeinschaft braucht und benötigt, so tritt die Frage des Beitrittszwanges aller Angestellten und Arbeiter zu einer Gewerkschaft mächtig in den Vordergrund.

Interessen mehr geben kann. Da die Vertreter der Organisationen in dem Arbeiterrat nach den Grundfäden der Verhältnismäßig gewährt werden müßten, so wäre ihr demokratischer Charakter ohne jeden Zweifel.

Nur mit Hilfe der Gewerkschaften wird das System der Betriebsräte zu einem nützlichem Instrument der Arbeiterklasse im sozialen Werden der kommenden Zeit. Die Gewerkschaften haben in den verflochtenen Kämpfen der Jahrzehnte sowie in ihrem rastlosen Vormarschreiten bewiesen, daß sie die Kraft haben, die großen Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich der Erneuerung unseres Wirtschaftslebens entgegenstellen, zu überwinden.

Auf sie werden wir daher unsere größten Zukunftshoffnungen setzen müssen, wenn wir der Gefahr ebenso großer Enttäuschungen entgegen wollen.

Die internationale Wirtschaftsregelung.

Vorschläge der internationalen Völkerbundskonferenz.

Bern, 10. März. Die erste Vollversammlung der internationalen Völkerbundskonferenz, der Abgeordnete aus Dänemark, Deutschland, England, Italien, Ungarn und der Schweiz sowie Gäste aus Amerika, Bulgarien, Griechenland, Rußland, der Türkei, Jugoslawien, der Ukraine und jüdische Vertreter angehörten, wurde gestern von Vizepräsidenten Dr. Haberlin (Schweiz) mit längeren Ansprüchen eröffnet, in denen er zugab, daß der Pariser Entwurf eines Völkerbundes die Kritik herausfordere, aber auch insofern keine Anerkennung verdiene, als mit ihm im Hinblick auf den zweiten Haager Kongreß von 1907 kein großer Schritt vorwärts getan sei. Mit Entschiedenheit brachte er zum Ausdruck, daß sie sich gerade als Engländerin dazu verpflichtet fühle, einen Antrag ein, der die alliierten Regierungen im Interesse der Menschlichkeit und um Unordnung und Anarchie zu vermeiden, auffordert, die Blockade aufzuheben. Der Antrag wurde ohne Erörterung angenommen.

Die von der sechsten Kommission vorgelegte Entschließung über den Wirtschaftsfrieden wurde von Geheimrat Brentano (Deutschland) unter Darlegung der wirtschaftlichen Gegensätze unter den Völkern und der dadurch ermöglichten freundschaftlichen Stimmung eingebracht. Der Friedensbund unter den Völkern ist nur auf der Grundlage des Freihandels haltbar, wobei dieser Freihandel, zumal vom Standpunkt der deutschen Verschuldung an die Gegner, weder Monopole zu Finanzzwecken noch Einfuhrerhöhte zur Regelung der Welt, noch Monopole im sozialen Interesse ausschließt, dagegen das Prinzip der Offenen Tür in den Kolonien einschließt. Dr. Widmer erläuterte die folgenden in der Entschließung niedergelegten Grundzüge zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens: 1. Freizügigkeit der im Völkerbund vereinigten Völker, 2. wirtschaftliche Gleichberechtigung, 3. keine protektionistische Beschränkungen, Verbot und Verhinderung der wirtschaftlichen Boykotte, 4. Internationalisierung der Verkehrswege zum offenen Meer. Brody (Amerika) begründete fünf Forderungen der Entschließung, die während der Übergangszeit die Weltzirkulation der gesamten Rohstoffe an die einzelnen am Völkerbund beteiligten Nationen zu grundsätzlich gleichen Preisen entsprechend ihren Bezügen von 1910-1913 verlangt. Die Weltzirkulation sei eine Notwendigkeit, die durch die Schiffraumfrage, die Arbeiterfrage und die Tatsache, daß die Weltmächte den notwendigen Bedarf aller Staaten nicht im entferntesten decken können, bedingt sei. Persönlich erklärte Brody, der überwiegende Teil Amerikas stehe auf dem Standpunkt, daß die Fortdauer der Blockade eine Schmach sei. Die Entschließung wurde angenommen und die Sitzung sodann auf morgen vertagt.

Genug Lebensmittel?

London, 10. März. (Reuter.) „Daily Telegraph“ schreibt, daß Aussicht für Beschaffung der Vorräte an Lebensmitteln, die für die Versorgung sowohl der Briten als auch der feindlichen Völker bis zur nächsten Ernte hinreichen, bestehe, daß die Organisation dafür geschaffen sei und die Finanzierung keine Schwierigkeiten biete.

Tanztaumel.

Von L. v. Gundrachs.

Das Tanzverbot hat jetzt dieser Kultur ein Ende bereitet. Die Red.

Ein elegantes Tanzlokal in der Friedrichstadt. Der Eintritt kostet fünf Mark. In der Garderobe wird man eine weitere Mark led.

Einer der Gallonierien schlägt den schweren Samtbordhang zurück und ich trete ein. Tiefvioletter Raucherhaken bespannt die Wand, geschmackvoll mit schwarzer Holzgestaltung abgesetzt. Durch orangefarbene Beleuchtungskörper fließt gedämpftes Licht in den mittelgroßen intim wirkenden Raum. In der Mitte ist ein freier Platz für die Tanzenden reserviert.

„Am vier Uhr machen wir auf“, sagt der Oberkellner, „aber von drei an stehen sie schon an der Tür und drängen sich um die vorderen Plätze.“

Oben auf der Straße, wo die Musik hört, ein laises Klappen mit dem Taktstock. Der erste Beat schlägt den Takt an. Ein paar süß klingende Töne als Introductory. Dann Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn, sechzehn, siebzehn, achtzehn, neunzehn, zwanzig, einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig, fünfundzwanzig, sechsundzwanzig, siebenundzwanzig, achtundzwanzig, neunundzwanzig, dreißig, einunddreißig, zweiunddreißig, dreiunddreißig, vierunddreißig, fünfunddreißig, sechsunddreißig, siebenunddreißig, achtunddreißig, neununddreißig, vierzig, einundvierzig, zweiundvierzig, dreiundvierzig, vierundvierzig, fünfundvierzig, sechsundvierzig, siebenundvierzig, achtundvierzig, neunundvierzig, fünfzig, einundfünfzig, zweiundfünfzig, dreiundfünfzig, vierundfünfzig, fünfundfünfzig, sechsundfünfzig, siebenundfünfzig, achtundfünfzig, neunundfünfzig, sechzig, einundsechzig, zweiundsechzig, dreiundsechzig, vierundsechzig, fünfundsechzig, sechsundsechzig, siebenundsechzig, achtundsechzig, neunundsechzig, siebenzig, einundsiebzig, zweiundsiebzig, dreiundsiebzig, vierundsiebzig, fünfundsiebzig, sechsundsiebzig, siebenundsiebzig, achtundsiebzig, neunundsiebzig, achtzig, einundachtzig, zweiundachtzig, dreiundachtzig, vierundachtzig, fünfundachtzig, sechsundachtzig, siebenundachtzig, achtundachtzig, neunundachtzig, neunzig, einundneunzig, zweiundneunzig, dreiundneunzig, vierundneunzig, fünfundneunzig, sechsundneunzig, siebenundneunzig, achtundneunzig, neunundneunzig, hundert, einhundert, zweihundert, dreihundert, vierhundert, fünfhundert, sechshundert, siebenhundert, achthundert, neunhundert, tausend.

Der geht in die Weine. In weniger als einer Minute drehen sich vierzig, fünfzig Paare auf dem runden Parquet. Männer im Smoking, im Grad. Ein paar Offiziere in Uniform; daneben zwei Matrosen mit quäntlichen, leichten Gesichtern. Und die Frauen? Zum großen Teil die üblichen Ballhausbesucherinnen: tief dekoriert, mit weiß und rosa Gesichtern und Augen, die immer auf der Bauer zu liegen scheinen; in Kleibern, deren Hauptzweck ist, die Reize der Trägerin möglichst vorteilhaft zu enthüllen.

Neben diesen, für die das Tanzen nicht die Hauptsache ist, drehen sich andere — aus den verschiedenen Gesellschaftsklassen bunt durcheinandergewürfelt —, die einmal für einen Abend ihre gutbürgerliche Annehmlichkeit verlassen haben und sich nun hier „mal amüßeren wollen“. Da herrscht die Direktrice aus dem großen Modewarengeschäft mit ihrem „Kleinen“ die letzte Bemerkung zugehörig; und neben ihr tanzt, angelehnt ihrer wohlgeputzten Sippigkeit, das gnädige Fräulein aus Berlin W., der sie vorige Woche das neueste „Pariser Modell“ verkaufte.

Der Kellner hat direkt die Weinkarte vor mich hingestellt. Man muß die Preise mit Humor auffassen, sonst läuft man Gefahr, daß der erste kleine Schlaganfall früher eintritt, als es einem die gütige Natur zugehört hat. Der billige Wein kostet — dreißig Mark die Flasche. Dieser Delikatesse-Kaufmann zweifelhafte und Rieslanger sechsundzwanzig Mark. Fruch und Weine Cliquet pro Flasche einhundertzwanzig Mark. Ein Glas Vermouth stehen Mark fünfzig.

Neben mir sitzt ein kleines junges Mädchen. Der junge Mann mit dem rosigen Kindergesicht — er ist sicher Kriegsknecht — blickert nervös in der Weinkarte. Der Kellner steht mit inquisitorischem Blick wie festgenagelt neben dem Tisch.

„Ober“, fragt der Jüngling schüchtern, und die „Kassierin“ senkt während die Augen, „Ober, was ... was ... kostet eine Flasche ...“

Demnach hat es den Anschein, als ob die fortgesetzte Verzögerung der Lieferungen nicht in den Beschaffungsschwierigkeiten begründet sei. Tatsächlich herrscht in Nordamerika bereits die Verformung, daß bei Aufhebung der Blockade die Getreidepreise infolge der Konkurrenz der liefernden Länder einen Tiefstand erreichen werden, der den dortigen Getreidehandel um das erhoffte Geschäft bringen kann.

Wiedereinberufung des bayerischen Landtages in Sicht.

Das neue Ministerium.

München, 11. März. In einem Artikel „Vor der Entscheidung“ schreibt die „Münchener Post“: Die zwischen Vertretern der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und des bayerischen Bauernbundes getroffenen Vereinbarungen, die vom Märzkongreß am 8. März ohne Änderung angenommen wurden, haben auch die Zustimmung der bürgerlichen Parteien gefunden. Dagegen ist allerdings mit den zu erwartenden grundsätzlichen Verzögerungen und mit einigen Voraussetzungen, denen sich die Sozialdemokratie anschließt und die zum Teil inzwischen bereits erfüllt sind, zum Teil ihrer Erfüllung entgegenstehen, nämlich: Entlastung der Weisen und Verzicht auf weitere Forderung solcher: Wiederherstellung der Pressefreiheit, Garantien für die Sicherheit des Landtages. In der Personfrage ist bei den Verhandlungen, die am Montag zwischen den Vertretern der an der Bildung des Ministeriums beteiligten Parteien und dem Aktionsausschuß des Märzkongresses stattgefunden haben, völlige Übereinstimmung erzielt worden.

Das neue Ministerium würde sich danach folgendermaßen zusammensetzen: Hoffmann (Kaiserslautern): Präsidium, Kultus und Neuverord.; Segitz (Jülicher); Simon (Münster): Handel, Gewerbe und Industrie; Anierlechner: Soziale Fürsorge; Endres (Münster): Justiz; Schnepfenhorst: Militärische Angelegenheiten; Frauendorfer: Verkehr. Das Finanzministerium bleibt noch offen. Von großer Wichtigkeit ist, daß der Aktionsausschuß der Forderung, die Pressefreiheit wiederherzustellen, eine Forderung, an der auch die Vertreter der sozialdemokratischen Partei unbedingt festhalten, zugestimmt hat. Einige Differenzpunkte sind noch in der Schwebe. Heute nimmt die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei zu dieser Situation Stellung. Von ihrer Entscheidung wird alles abhängen.

Kommt eine endgültige Einigung zustande, so wird der Landtag spätestens am nächsten Montag zu einer kurzen Sitzung in München zusammentreten.

Der Agrarstreik auf dem Marsch.

Drohungen der „Deutschen Tageszeitung“.

In der vorgestrigen Ernährungsdebatte in Weimar hat der Reichsernährungsminister Genosse Robert Schmidt gesagt:

„Jeder Streik der ländlichen Arbeiter ist jetzt ein Verbrechen an der Nation, aber kein geringeres Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird: Ihr Land ist auch freizugeben. Das sind die Spartakisten im Bund der Landwirte.“

Das Organ des Bundes der Landwirte beschäftigt sich ausführlich mit dieser Äußerung, um den Nachweis zu führen, daß der Bund zwar nicht zum Streik auffordere, dieser aber vielleicht doch kommen könnte. Es sagt:

Es kann vielleicht einmal ein Tag kommen, wo der Landwirt zur Selbstwehr greift, und man soll diese Möglichkeit die kürzlich bei der Versammlung des Bundes der Landwirte angedeutet worden ist, nicht so großförmig und bössartig falsch verstehen, wie das der Reichsernährungsminister Schmidt gestern tat, als er den Führer des Bundes der Landwirte, Herrn Dr. Kocke, bedrohen bei seiner Rede apostrophierte und ihn gewissermaßen mit einer betriebligen Streikandrohung in Zusammenhang brachte. Die großen landwirtschaftlichen Organisationen, wie der Bund der Landwirte, haben alles an ihrem Teil getan, ihre Mitglieder zu bewegen, die Härte der Zeit, so ungerecht sie auch sein möge, im allgemeinen Volksinteresse zu ertragen. Aber genau so, wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder aus der Hand verloren haben, kann

„Fahinger“ ... Die Mißbilligung im Gesicht des Schwärzen betrifft sich zu offener Ernennung.

„Drei Mark die halbe Flasche ...“ kommt es widerwillig aus seinem Munde.

Der junge Mann räuspert sich. „Dann bringen Sie ...“ („eine halbe Flasche“ souffliert die Kassierin). „Ja, also bringen Sie ...“

„Drei halbe Flaschen Fahinger“, sagt der Kellner in einem Tone, der durchaus keinen Widerspruch duldet.

Um mich herum aber sitzen die Leute, die vor gar nicht allzu langer Zeit auch Fahinger und Frada und hoffentlich mal am Sonntag eine Flasche sauren Rosel bei Kempinsky getrunken haben, und neben ihnen steht der Bekleidete mit „Trotz“ und „Weine“. Und sie lassen sich Gänsebraten kommen. Die Portion zu 45 M. und ihre Frauen und Töchter schlürfen Eiscreme, das Glas zu 10 M.

Die Frauen aber, mit den Kleibern von gestern, den Hüften von vorgestern und den Brillanten von heute — sie verzeihen sich ausdrücklich über genau dieselben Menschen, die sie früher im Familienkaffee verhandelt haben: Dienstboten, Arbeiter, Kleinrentner, Kochgehilfe — und als Wänge ein geräuschtes, geschütteltes Maß von Alkohol. So und so werden sie einen Blick auf ihre Männer, ob die auch nicht zum Teil beimal an den höchsten Weinen oder den runden Schuhen einer Tänzerin finden. Aber die Männer denken gar nicht daran, ihre Misse irrtümlichen zu lassen. Sie sind längst bei den Geschäften angelangt und der Herr S. erzählt dem Herrn M. mit höflicher Stimme von einer prima Schiedung, die ihm noch zum vorläufigen geklärt ist. Und am Abend haben sie ihre Koffertücher begeholt und Zahlen klingeln an mein Ohr, die weit in die Millionen hinaufreichen.

Während wechselt die Besetzung. Der ganze Saal ist in purpurnes Licht getaucht. Die Musik intoniert einen Luß und schreit. Noch ein Luß — dann erscheint ein pompöses, ausschweifendes Paar. Der Mann im weißen aufgesetzten Jackett, klein, schmächtig und grotesk. Seine Partnerin tief brünett, lispig, mit nicht viel mehr als einer durchsichtigen rosa Halsbinde bekleidet. Eine schwache Stimme ruft: „Der neue Modestück — Fox-Trot“.

Das Tänzerpaar fällt sich an den Händen, so wie es die Kinder zum „Mittelstück“ spielen tun; sie laufen vorwärts und rückwärts, sie hüpfen, drehen sich und flutschen in die Hände, fluchen und hüpfen sich und stoßen dabei kleine schrille Töne aus. Das Publikum bestaunt den neuen Tanz mit dem englischen Namen, und wenn vielleicht der eine oder andere hier in seinem gefunden Menschheitsverständnis unglücklich und läppisch findet, so getraut er sich doch nicht, seine Meinung laut zu äußern.

Unter heftigem Klatschen tritt das Paar ab. Von der Straße läßt schon wieder ein neuer Akt herein. Was ist das doch gleich? Unmöglich! Keine habe ich ihn schon gehört, früher einmal ... Ah, natürlich ... Tango ... Tango ... tants von ein paar Tischen. Rasch getrunken sich die Tänzer und Tänzerinnen nicht so recht ein Paar trotz es schließlich und drei, vier andere schließen sich an. Und siehe da, den Menschen, die in letzter Zeit so viel, unter anderem ihre politische Überzeugung, schnell und schmerzlos — vermissen haben, ist der Tango nach wie vor im Gedächtnis geblieben.

es auch eines Tages geschehen, daß der Groß des Landwirts die Schranken durchbricht, und daß er dann auch zur Selbsthilfe schreitet.

Gleich dahinter drückt die „Deutsche Tageszeitung“ eine Zuschrift ab, in der sich die Worte finden:

Unterfassen Sie die Streikgefahr durch landwirtschaftliche Arbeiter heute nicht mehr! Der Streik ist im Marsch!

Würde der „Vorwärts“ in ähnlicher Weise zu einem städtischen Streik Stellung nehmen, so würde die „Deutsche Tageszeitung“ ganz gewiß sagen, er pulse zum Streik auf und suche sich nur von der Verantwortung für die Folgen seines Verhaltens zu drücken. Die Art, wie das Organ des Bundes der Landwirte die Frage des Agrarstreiks behandelt, ist ein verbrecherisches Spiel mit dem Feuer.

Zur Lage im Ruhrrevier.

Neue kommunistische Forderungen.

Aus Rheinland-Westfalen wird dem „V. G. R.“ berichtet: In Hamburg veranstalteten die Kommunisten einen Anzug, bei dem ungefähr 2000 Teilnehmer gezählt wurden. Die Verhandlungen des Streikkomitees mit der Stadtverwaltung sind noch nicht abgeschlossen. Ein Kommunist drohte, daß es noch schlimmer werden würde, als in Berlin. Das Streikkomitee hat eine Depesche an die Reichsregierung geschickt, in welcher es die Wiederaufnahme der Arbeit von dem Gehalt einer Zahlordnung und einer Kompetenzbegrenzung der Arbeiterräte abhängig macht.

Im Essener Gebiet hat es nur kleine Teilstreiks gegeben. Zwischen Stadtverwaltung und dem kommandierenden General ist ein kleiner Konflikt aufgebrochen. Der kommandierende General will die Sicherheitswehr nicht als militärische Formation betrachten und verlangt ihre Übernahme durch die Stadt, während der Bürgermeister die Bezahlung der Löhne und Verpflegung ablehnt.

Streik der sächsischen Bergarbeiter.

Jwiska, 11. März. Heute früh sind sämtliche Bergarbeiter im Kohlengebiet Oelsnig-Lugau in den Streik eingetreten, im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, welche zurzeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz in Jwiska stattfinden, einen Druck auszuüben.

Landsberg und Sozialisierungskommission.

Zu der von der Sozialisierungskommission abgegebenen Erklärung geht und vom Genossen Landsberg folgende Mitteilung zu:

Wenn die Sozialisierungskommission seit 10 Tagen noch etwas länger gewartet hätte, nämlich bis zum Erscheinen des stenographischen Berichtes über die Sitzung der Nationalversammlung vom 1. März d. J., so würde sie sich davon überzeugt haben, daß meine Rede ihre keine Veranlassung zur Veröffentlichung einer Erklärung geben konnte. Ich habe nicht behauptet, daß die Mehrheit der Mitglieder der Kommission sich zur Unabhängigen Sozialdemokratie zählt. Bekümmert bin ich bisher der Ansicht gewesen, daß nicht zwei, sondern vier Kommissionsmitglieder dieser Partei angehören. Ich habe der Kommission auch nicht Untätigkeit zum Vorwurf gemacht. Die Schwierigkeit ihrer Aufgabe ist mir ebenso klar wie ihr selbst. Meine Rede bezog sich auf den Vorwurf des Abgeordneten Wurm abzuwehren, daß die Reichsregierung die allgemeine Sozialisierung verschleppt habe. Dagegen habe ich gegenüber der Sozialisierungskommission abwarten müßte und abgewartet habe und daß die Kommission für lediglich den einen Vorschlag der Überführung der mineralischen Bodenschätze in das Eigentum der Nation gemacht habe, der aber nur eine Demonstration sein sollte. Das letztere hat nämlich der Vorsitzende der Kommission, Kautsk, in einer Sitzung der Reichsregierung, an der er teilnahm, um den Antrag der Sozialisierungskommission zu vertreten, selbst erklärt. Er führte bei dieser Gelegenheit aus, daß natürlich mit der Erklärung, die mineralischen Bodenschätze seien nationales Eigentum, nichts gewonnen sei, und daß der Antrag der Kommission eine Demonstration zu dem Zwecke sei, die Bergarbeiter zu beruhigen.

Der Theaterarbeiter als Hauptdarsteller.

Es war in den Tagen des Generalstreiks. Das deutsche Künstlertheater in Berlin war in Verlegenheit. Herr Götz, der Dichter und Hauptdarsteller der „Nochdeutung“, war infolge eines Verkehrshindernisses nicht im Theater. Sein sonstiger „Erst“ war auch nicht aufzufinden. Indessen wartete das volle Theater auf den Beginn.

Schließlich ordnete Direktor Barnowsky an, daß der Schauspielergeselle die Götzsche Rolle lesen solle. Ein peinliches Verlegenheitsmittel. Da meldet sich der Theaterarbeiter Wolf Wiersch, er erbiete sich die Rolle auswendig zu spielen. Er will für das absolute Gelingen sorgen. Es ist Revolutionszeit ... man mag das kühne Experiment und vertraut dem Theaterarbeiter, den man nie als Schauspieler sah, die Hauptrolle an. Siehe, es wird ein glänzender Erfolg. Wiersch spielt und liefert eine so glänzende Kopie von Kurt Götz, daß das Publikum, die Wierschenden, der Direktor aus dem Staunen nicht herauskommen. Berlin ist über Nacht um ein erstes Talent reicher.

Notizen.

— Eine nachgelassene Arbeit von Rosa Luxemburg. Rosa Luxemburg hat in ihren letzten Lebensjahren die Augenbiographie des großen polnisch-russischen Schriftstellers Wladimir Korolenko überschrieben „Die Geschichte meines Zeitgenossen“, für das zweibändige Werk, das jetzt bei Paul Cassirer erscheint, schrieb sie eine gehaltvolle Einleitung über die Seele der russischen Literatur.

— Die erste Akademie für Bühnenaufführung ist in München begründet worden. Sie ist den Münchener Bühnenvereinen angegliedert und gerichtet die Förderung des Nationaltheaters.

— Kunst. Bei Paul Cassirer bringt die neue Ausstellung Zeichnungen und Aquarelle von Thoma bis zu den jüngsten Zeichnungen, außerdem Bildwerke von Wilhelm Geibel und Josef H. Hüb.

Kulturdebatte in Weimar.

26. Sitzung, Dienstag, 11. März, vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Wiffell, Schmidt, Bell u. a.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.
mit dem Verlesen einer Mitteilung des Stabes des freiwilligen
Landesjägers an die Nationalversammlung, wonach die Beerdigung
des in Halle getöteten Oberleutnants a. R. Müller am
Dienstag nachmittag 8 Uhr stattfindet.

Präsident Fehrenbach: Keine Damen und Herren! Oberleutnant
v. Müller ist beauftragt gewesen, die militärischen Maßnahmen
zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu
treffen. Er hat dieselben in musterwürdiger Weise besorgt. Sein
Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung
und damit für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung.
Er ist

in heldischer Weise hingemordet

worden. (Bewegung.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit
schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blutigen Opfer, welche
die Aufstände in Berlin unter unseren tapferen Soldaten
und unter den braven Schülern gefordert haben. Auch sie sind
im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit
hinsübergegangen, gefallen oder auch zum Teil hingemordet. (Bewegung.)
An der Leichenfeierlichkeit des gemordeten Oberleutnants
Müller wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine
Abordnung, bestehend aus dem Vizepräsidenten Haußmann, dem
Schriftführer Dr. Pfeiffer und dem Abgeordneten Grafen zu Dohna,
wird sich hernach nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung
vertreten. Vizepräsident Haußmann wird namens unserer
Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen
niederlegen. Die Mitglieder der Nationalversammlung haben diese
Worte des Präsidenten stehend angehört.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung
der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung
zu tun gedenkt, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande vielfach
verborsten geblieben sind, rasch zu ersetzen.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß
die Abgabe der Wochenration von 5 Fund nicht überall stattfinden
kann, liegen hauptsächlich in den Transportschwierigkeiten.
Wegen der Zurückhaltung von Beständen sind die zuständigen
Behörden wiederholt zu scharfer Veranlassung aufgefordert worden,
eine restlose Erfassung der Kartoffelbestände auf dem Lande
läßt sich zurzeit schon deshalb nicht ermöglichen, weil die Kartoffeln
in den Meilen noch am sichersten vor dem Verderben bewahrt werden.
Sobald frostfreies Wetter zu erwarten ist — Anfang April —
werden die Transporte in verstärktem Maße wieder aufgenommen
werden.

Abg. Gilling (Z.) beklagt sich über eine Anordnung des
Böhmischer Arbeiterrats, wonach bei den Neuwahlen des
Arbeiterrats die nichtsozialistische Arbeiterschaft ausgeschlossen
werde.

Geheimrat Trendelenburg: Aus den Richtlinien des Zentralrats
für die Wahlen zum zweiten Rätekongreß geht hervor, daß
Mitglieder aller politischen Parteirichtungen Wahlvorschläge
einreichen können. Die Anordnung des Böhmischer Arbeiterrats
widerspricht diesen Bestimmungen und ist daher ordnungswidrig.
Die hiernach vorgenommenen Wahlen würden für ungültig erklärt
werden müssen.

Abg. Sellmann (Soz.) macht auf das Verbot des Oberkommandierenden
der Alliierten aufmerksam, im besetzten Gebiet Neuwahlen zu den
Gemeindevertretungen vorzunehmen und fragt, ob die Regierung in der
Lage ist, die schärfste Aufhebung des Verbots zu erwirken.

Unterstaatssekretär Albert: Die deutsche Regierung hat wegen
dieses Verbots unverzüglich bei den Alliierten angefragt. General
Rubant hat erwidert, die Befehlshaber hätten ein Interesse daran,
daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden

den vorläufig noch auf ihren Posten verbleiben. Die deutsche Regierung
wird daher erneut ersucht, die Veranlassung gegen dieses
Verbot einzulegen. Ein anderes Mittel, die Aufhebung des Verbots
zu erwirken, steht der deutschen Regierung nicht zur Verfügung.
Es folgt die

Interpellation Arnstadt u. Gen. (Dishnat.):

„Wider Recht und Gesetz haben manche Einzelstaaten, wie
Sachsen, Hamburg, Braunschweig, tiefe Eingriffe in den
Religionsunterricht vorgenommen oder für das neue, Ostern
beginnende Schuljahr vorgeesehen. Denkt die Reichsleitung zu
solchem Eingriff der einzelstaatlichen Verwaltungen in die zu
Recht bestehenden Schulgesetze Stellung zu nehmen?“

Abg. Mumm (Dishnat.) begründet die Interpellation. 5197
Eingaben sind bereits zusammengekommen, die sich gegen die
Eingriffe in den Religionsunterricht wenden. Wenn Millionen ihre
Namensunterschrift für eine Sache einlegen, die ihnen (nach links)
unbequem ist, dann versuchen Sie sie herabzusetzen. Diese Massenbewegung
kennzeichnet das Empfinden weitaus vieler Volksteile, daß wir
an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes

stehen. Einem Kampfe zwischen denen, die ein christliches Volk
und ein christliches Volkleben wollen, und denen, die unserm Volke
die christliche Kultur nehmen wollen. Wir haben es ja erlebt, wie
Herr Ebert in der ersten Rede, die er hier hielt, mit seinen
Aussagen über das Gottesgnadentum die weitesten christlichen
Volksteile auf das tiefste verletzten. Unser armes Vaterland
braucht im Innern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert
und Scheidemann haben ihm diesen inneren Frieden nicht
gedünnt. Eine ihrer ersten Taten war, den Sprecher der
Freireligiösen Gemeinde, Herrn Adolf Hoffmann, an die Spitze
des Kultusministeriums zu stellen. Sie mühten wissen, was Sie
damit dem christlichen Volk antaten. (Sehr richtig! rechts.) Die
Ebert-Scheidemann sind schuld an der unauflöslichen Kulturellen
Demütigung unseres Vaterlandes, indem sie an die Spitze aller
Schulen und Hochschulen einen Hoffmann stellten (Zurufe b. d. Soz.:
Dabei ist ja gar nicht gelangt), der nicht die
Bezeichnung Kultusminister, sondern Minister für Unkultur
verdient. (Lebhafter Beifall.) — Ein sozialdemokratischer
Parteitag hat es abgelehnt, die Schrift Hoffmanns über die zehn
Gebote in den Katalog der Parteibuchhandlung aufzunehmen, weil sie
auf einer zu niedrigen Kulturstufe steht. Ein Berliner Witz behauptet,
der letzte Erfolg dieses Herrn sei gewesen: der Unterschied zwischen
mir und mich ist abgeschafft. (Sehr gut! und Heiterkeit.) In
gleicher Weise wie in Sachsen bei der Revolution in Hamburg die
Brandfackel des religiösen Zwistes in die Bevölkerung hineinge-
schleudert. Ja in Hamburg, wo die Trennung von Staat und
Kirche durchgeführt ist, handelt es sich um einen Kampf nicht gegen
die Kirche, sondern gegen die Religion. (Lebhafter Beifall und
Zustimmung rechts.) In Braunschweig wurden 1500 Schulkinder zu
einer antichristlichen Weihnachtsfeier im Dom zusammengebracht,
bei der es geradezu ungläublich zugegangen ist. Ueber alle Fragen
des Religionsunterrichts hatte man eine Frau gesetzt, die als
Kinoanführerin in Schwelch die erwünschte Vorbildung
mitgebracht hat. In Mecklenburg planen die Gewalthaber den
Zwang, die Kinder einer religionslosen Schule auszuliefern. Keinen
Schritt weiter auf diesem Wege! Wir fordern für unsere Kinder
die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht.
(Lebhafter Beifall rechts. Widerspruch und Zurufe b. d. Soz.)

Reichskolonialminister Dr. Bell:

Der Reichsminister des Innern, der dringend nach Berlin
berufen worden ist, hat wegen der Verkehrsverhältnisse nicht
rechtzeitig hier erscheinen können. Namens der Reichsregierung habe ich
folgende

Erklärung

abzugeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf
dem Gebiete des Unterrichtswesens. Selbst wenn daher gegen Recht
und Gesetz einzelne Einzelstaaten tiefe Eingriffe in die bisherige

Regelung des Religionsunterrichts vorgenommen oder vorgeesehen
hätten, wäre die Reichsregierung nicht in der Lage, hierzu Stellung
zu nehmen. (Hört! hört! rechts.) Inwiefern in der Reichsregierung
normative Bestimmungen über das Unterrichtswesen in den
verschiedenen deutschen Ländern aufzunehmen sind, wird bei der
Beratung der Artikel 90 und 91 im Verfassungsausschuß zu prüfen
sein. Auf diese Erklärung muß sich die Reichsleitung bei der
gegenwärtigen Rechtslage beschränken.

Auf Antrag des Abg. Schulz-Bromberg (Dishnatl.) wird die

Besprechung der Interpellation

beschlossen.
Abg. Hellmann (Soz.): Wir begrüßen, daß die Interpellanten
sich an die Nationalversammlung gewandt haben. Damit erkennen
sie an, daß die großen Fragen der Schule und der Kirche dem
Reiche unterliegen. Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat
sich die ganze Ueberzeugungssucht, ja die

Herrschaft der kirchlichen Kreise

gezeigt. Damit sieht die Kirche immer weitere Volksteile in das
Lager der Kirchenlosigkeit. Die Kirche unterliegt, wie alle ge-
sellschaftlichen Einrichtungen, einer ständigen Wandlung und sie wird
einmal verwinden. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Heute
hat die Kirche trotz noch großer Bedeutung, aber immer mehr wächst
die Erkenntnis, daß vom christlichen Geiste im heutigen Christen-
tum nichts mehr zu spüren ist. (Widerspruch rechts, Lärm im Ztr.)
Die äußere Form ist geblieben, aber das Leben ist verblüht. (Lärm
im Zentrum.) Die Kirche selbst ist schuld daran, daß so große Teile
des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Widerspruch im Zentrum.)
Im Kriege hat sie das

Blutvergießen als gottgewollt verteidigt,

sich mit dem nun zusammengebrochenen Staat auf engste verquidelt
und mit ihm sich auch kompromittiert. (Unruhe rechts und im Ztr.)

Präsident Fehrenbach: Das sind Religionsdebatten und theo-
logische Vorlesungen. Wenn das zulässig sein soll, kommen wir
überhaupt nicht zu Ende. (Zurufe bei den Soz.: Mumm hat ange-
fangen!)

Abg. Hellmann: Im Felde hat uns ein evangelischer Geistlicher
besagt, wenn Christus heute leben würde, würde er im Schutze
nagen stehen. (Hört! hört! bei den Soz.: Zuruf: In welchem?)
Wir geben ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in
den Religionsunterricht taktisch unklug und vielfach auch takt-
los waren. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Sie waren auch
kurzsichtig und undemokratisch, weil sie der deutschen
und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgriffen. (Sehr
richtig! links.) Das hindert uns aber nicht, uns mit aller
Entschiedenheit dagegen zu wenden, daß religiöse Fragen zum Mittel
des politischen Kampfes herabgewürdigt worden sind, sogar des
Reichskampfes. Manche Parteien haben direkt davon gelebt. (Sehr
richtig! links.) Diese einzelstaatlichen Eingriffe entspringen letzten
Endes aber der langen und schweren

Gewissenlos

viele weiter Elternkreise und ungezählter älterer Schüler und
Schülerinnen, die in aller Stille aber durchaus nicht schmerzlos
Jahresabte hindurch ertragen worden sind und nun ergötzt zum
Ausdruck kommen. Die unverböhnliche Haltung der bisherigen
preussischen Kultusminister hat diese gewaltige Entladung sachlich
mishandelter Menschen auf dem Gewissen. (Sehr richtig! links.)
Es kann doch nicht bezweifelt werden, daß die überwiegende

Reinheit der deutschen Lehrer

nicht mehr auf biblischen Standpunkt steht, und daß eine wachsende
Zahl deutscher Familien in dem Christentum nur noch eine Ge-
wohnheitsache sieht. (Unruhe rechts und im Zentrum.) Da-
her seit Jahren das Bestreben der Lehrerschaft, um eine Reform
des Religionsunterrichts. Dabei zeigt der verstärkte Kampf der
Kirche, denn es geht jetzt für die verfallende Kirche um ihr Dasein.
(Lärm rechts und im Zentrum. Präsident Fehrenbach, der „ber-
sinnelte“ Kirche vorstanden hat, ruft den Redner zur Ord-

Stine Menschenkind.

Von Martin Andersen Nexö.

Auch ihr Spiel verlegte sie in Gedanken an den See.
Und wenn die Sehnsucht nach Großchen so stark wurde, lief
sie an die Hausdecke und starrte über die weite Wasserfläche
hin. Nun mußte sie im Ernst, was ihr Großchen wert war!

Am See war sie in Wirklichkeit noch gar nicht gewesen;
sie hatte überhaupt keine Zeit zum Spielen. Um sechs Uhr
morgens meldete sich das kleinste, künftlich wie ein Uhr-
werk, und dann mußte sie schleunigst aufstehen, es von der
Seite der Mutter wegnehmen und ankleiden. Lars Peter
war bei seiner Morgenhantierung, wenn er nicht schon gegen
zwei, drei Uhr an den Strand gegangen war, um Fische zu
holen. War er zu Hause, so stand Störine zusammen mit
den Kindern auf; sonst liebte sie es, noch ein wenig liegen
zu bleiben und es Stine zu überlassen, den ersten Stoß des
neuen Tages auf sich zu nehmen. Dann wurde die Morgen-
arbeit vernachlässigt, das Vieh stand draußen in der Scheune
und ließ sein langgedehntes Gebrüll vernehmen, das Schwein
schrie über seinem Trog, und die Hühner standen dicht ge-
drängt mit der Stirn nach dem Türchen hin, und warteten
darauf, hinausgelassen zu werden. Stine entdeckte bald, daß
ihre Mutter fleißiger war, wenn der Vater zu Hause blieb;
war er draußen, so ging sie den halben Vormittag unge-
kämmt und nur mit einem Unterrock über dem Nachthemd
befeidet umher, ein Paar Hauschuhe an den nackten
Hüften, während alles in Unordnung herumlag.

Stine fand, daß dies die umgekehrte Welt war. Sie
nahm es selber mit ihrer Pflicht sehr ernst, und war noch
nicht genügend mit Erwachsenen zusammen gewesen, um das
Augenblenden und Sich von der Arbeit drücken zu er-
lernen. Sie wusch die kleinen Geschwister und fleidete sie
an. Des Morgens waren sie besonders zappig, ausgelassen
und unbändig, und sie hatte ihre Not, mit allen dreien
fertig zu werden. Die beiden Kleinsten sprangen ihr weg,
sobald sie eine günstige Gelegenheit erblickten, und liefen
nackend hinaus; dann mußte sie das kleinste festbinden,
während sie rings im Hause Jagd auf die andern veran-
staltete.

Die Tage, an denen sie zur Schule mußte, kamen ihr
wie eine Erleichterung vor. Sie wurde gerade damit fertig,
die Geschwister zu besorgen und selber ihre Gräbe hinunter-
zuschließen, ehe sie fort mußte. Im letzten Augenblick fand
die Mutter oft noch dies oder jenes, das zuerst getan werden
sollte; dann mußte sie den langen Weg laufen.

Abgegeben davon, daß sie oft zu spät kam und
dafür ausgehollten wurde, war es recht schön, in die Schule
zu gehen. Es war ein Genuss für sie, wenn sie viele Stun-
den hintereinander in der warmen Schulküche still sitzen und
Gemüt und Glieder so recht ausruhen konnte; die Aufgaben
waren nicht schwierig, und der Lehrer war ein prächtiger
Mann. Oft ließ er die Kinder stundenlang draußen her-
umlaufen, während er sein Feld bestellte; und die ganze
Schule rüddelte aus und half ihm, sein Getreide einzubringen
und Kartoffeln zu sammeln. Das war eine Arbeit, über
der Humor lag. Die Kinder waren wie ein Schwarm
schreiender, jannatternder Vögel; sie freijchten auf, trieben
ihre Späße und wetteiferten bei der Arbeit; und wenn sie
wieder zurückkamen, hatte die Frau des Lehrers im Klassen-
zimmer den Kaffeetisch gedeckt.

Am allerliebsten waren Stine die Gesangstunden. Sie
hatte nie andern Gesang als den der Großmutter gehört;
und die sang nur, wenn sie spann — damit das Rad nicht
hin und her schwanken und der Faden nicht ungleich werden
sollte, sagte sie. Waren sang immer ein und dasselbe Lied,
nach einer eintönig dahingleitenden Melodie. Sie dichtete
das Lied selbst, meinte Stine; denn es fiel kurz oder lang
aus, je nach der Stimmung, in der sie war.

Der Lehrer beschloß den Schultag immer mit einem
Gesang; und als Stine den vollen Chor der vielen Stimmen
zum erstenmal hörte, war sie überwältigt und brach in
Tränen aus. Sie legte sich über das Vult und brüllte laut
darauf los. Der Lehrer unterbrach den Gesang und kam
zu ihr.

„Sie hat gewiß einen Schreck bekommen,“ sagten die
zunächststehenden Mädchen.

Er redete ihr gut zu, und es gelang ihm, sie zu be-
ruhigen. „Hast du denn noch nie Gesang gehört, Kind?“
fragte er erstaunt, als sie ruhiger geworden war.

„Doch, das Spinnlied,“ sagte Stine schluchzend.

„Wer hat dir das denn vorgelesen?“

„Großchen . . .“

Stine schwieg mit einemmal und fing wieder an, säuer
zu schluden; der Gedanke an die Großmutter raubte ihr
die Besinnung. „Großchen hat es gesungen, wenn sie spann,“
brachte sie endlich hervor.

„Du hast wohl eine recht liebe alte Großmutter? Hast
du sie sehr lieb?“

Stine antwortete nicht; aber als sie ihm ihr Gesicht
zuwandte, glühterte es darin wie die Sonne im Nebel.

„Kannst du uns das Spinnlied nicht vorsingen?“

Stine sah von dem einen zum andern, die ganze Klasse
starrte sie gespannt an; sie fühlte, daß man jetzt etwas von

ihir erwartete; hoffig blickte sie dem Lehrer ins Gesicht. Dann
richtete sie die Augen auf das Vult und begann zu singen,
mit einer kleinen, spröden Stimme, die von zahlreichen ein-
ander bekämpfenden Gefühlen vibrierte: Scham, wegen der
Feierlichkeit des Augenblicks, und Kummer, bei dem Ge-
danken an die Großmutter, die sich jetzt vielleicht zu Hause
noch ihr sehnte. Ohne es zu wissen, bewegte sie den einen
Fuß beim Singen, wie jemand, der den Spinnrocken tritt.
Einige versuchten zu lachen, aber ein Blick des Lehrers hieß
sie schweigen.

„Nun spinnen wir für Stinchen kein zu Strämpchen und zum
Kamisol —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Das Kamisol wird silbern sein, die Strämpchen werden golden wohl.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Und Stine geht den Weg entlang so frisch und rund und ohne Not —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Wegengel einem Brinzelein in Schorlachrot.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Hör' nun, du holdes Mädchen, komm mit auf Vaters Schloß —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Da wollen spielen wir, uns und der Wiener Troß.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Ah, ach, du lieber Brinzejung, du machst mir Kummer sehr —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Von meinem Großchen hier fällt mir der Abschied schwer.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Sie wurde kind, die Kerntse, von all dem dicken Weinzer —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Und sie hat Gicht in der Hüfte und Wasser in den Weimen.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Und trag sie für ein kleines Kind viel Kummer und Herzleid —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

So soll sie sitzen auf dem Ebenplatz, im Reiz und Feterkeit.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Und schmerzt sie Verbe und Rücken von der Arbeit und den Jahren —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

So soll sie mit vier Bierden und in prächtiger Kuttsche fahren.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Nun spinnet Großchen emsig zu Betten und Polstern sein —

ra ra, in Ruh'; ra ra, in Ruh'!

Drauf soll die kleine Stine ruh'n mit ihrem Brinzelein.

Hallerille, hallerille, ra ra ra!

Als sie ihren Gesang beendet hatte, war es eine Weile
ganz still in der Schulküche.

„Sie glaubt, sie wird einen Brinzen kriegen,“ sagte
schließlich eins der Mädchen.

„Den kriegt sie auch!“ erwiderte der Lehrer. „Und
dann bekommt Großmutter es gut,“ fügte er hinzu und strich
ihir übers Haar.

nung. Große Unruhe links.) Wir verlangen im Interesse der vollen Gewissensfreiheit, die Beseitigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Die gesamte Humboldtische Lehrerschaft hat sich für die Weltlichkeit der Schule ausgesprochen. Dieser rein akademisch gefasste Beschluss ist dann sofort gegen den Willen der Lehrerschaft selbst von der Arbeiterschaft in die Praxis überführt worden. Wir verlangen die Weltlichkeit der Schule im Interesse der Religion selbst. Religion kann erlernt, aber nicht gelehrt und erlernt werden. (Sehr richtig! links.) Man kann Religion nicht lehren und in Religion nicht prüfen. Und dann der religiöse Remotivstoff, der muß einem jeden die Religion verleiden. Das Wort Jesu: Ihr sollt nicht klagen wie die Heiden, wird im Religionsunterricht nicht beachtet. Es wird in ihm unendlich viel geplappert. Wenn uns das schöne lutherische Bekenntnis durch das Auswendiglernen nicht bereichern würde, würde für jeden verständigen Menschen die Bibelkunde ein Beruf sein. Wir verlangen die Weltlichkeit der Schule aber auch im Interesse der Kinder. Die alttestamentliche Schöpfungsgeschichte und die Legende von Petrus und Paulus in der Geschichts- oder Literaturkunde gelehrt werden, aber es soll nicht immer der Zwang dahinterstehen, daß die Kinder das für wahr halten und daran glauben müssen.

Präsident Fehrenbach: Wenn das so weiter geht, werden wir mehrere Tage hierüber verhandeln. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Nun, Rumm hat angefangen! Rumm war Interessant und hatte daher einen weiten Spielraum. (Unruhe links.)

Abg. Fehmann: Der in gewissen Lebensjahren geradezu unliche Haß gegen religiöse Dinge ist nur entartete Liebe. Menschliche Gedankensphären wie Jesus, Luther und Sokrates sollen auf dem Boden voller Objektivität unter Abkehrung jedes Gewissensdrucks die Kinder gelehrt werden. Die religionslose Schule soll

nicht religionsfeindlich sein, nur kirchenfrei soll sie sein.

Unser Ideal ist die bildende Menschlichkeit von Lessings Kathan. Ohne die betonte Stellung des Religionsunterrichts würde die Schule etwas von ihrer Weltfremdheit verlieren. Aber es ist unmöglich, die religiöse Unterweisung mit einem Schloß zu befestigen, und deshalb haben die Revolutionärsregierungen tatsächlich gehandelt. Eine Übergangsmaßnahme ist notwendig. Grundsätzlich aber halten wir fest an dem Satz, daß die Schule kirchenfrei sein muß. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Fehrenbach nimmt den mißverständlich erklärten Ordnungsruf zurück.

Abg. Dr. Haubach (Z.): Hoffentlich will auch der Minister Hoensch ein Verhältnis von Staat und Kirche schaffen, das nach der Stellung der Sozialdemokratie befürchten läßt, daß es der gewaltsamen Trennung von Staat und der Kirche vorzuziehen sein wird. (Sehr richtig! im Z.)

Nachmittags-Sitzung.

Abg. Weiß (Dem.): Die Eltern dürfen nicht gezwungen werden, gegen ihr Gewissen ihre Kinder einem Unterricht zuzulassen, bei dem sie Gewissensängste empfinden. (Sehr richtig!) Auch Lehrkräfte dürfen nicht gezwungen werden zur Vertretung des Religionsunterrichts. (Sehr richtig! bei den Dem.) Gewissensangst über auch derjenige aus, der den Religionsunterricht aus der Volksschule entfernt. Gerade die Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötigt, ihre Kinder in religionslose Privatschulen zu schicken. (Sehr richtig! bei den Dem., rechts und im Z.) Weit aus der größte Teil der deutschen Lehrerschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht ein wesentliches Glied des Volksschulunterrichts bleiben muß. (Hört, hört! rechts und im Z.) Vom Regierungsstandpunkt aus wurde das Stichwort gegeben: „Von Imperialismus zum Idealismus.“ Ich will es dahin ändern: „Von Materialismus zum politischen und idealistischen Idealismus.“ (Sehr heftiger Beifall bei den Dem., rechts und im Z.)

Abg. Dr. Kurlisch (Dem. W.): Die Erklärung der Regierung genügt in keiner Weise. (Sehr richtig! rechts.) Doch in solcher Zeit so einschneidende Maßnahmen getroffen werden, erklärt sich aus dem Dilettantismus, der sich jetzt breit macht. (Sehr gut! rechts.) Unsere Kinder sind nicht zum Experimentieren da. (Sehr richtig! rechts.) Herr Rud wird in der Schule die materialistische Geschichtsauffassung einführen. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Dr. Kurlisch (Dem. W.): Von dem Redner der sozialdemokratischen Partei haben wir heute so manches schöne Wort über Religion gehört. Aber wenn er hätte konsequent sein wollen, so hätte er nicht so dem Schluß kommen dürfen, sich gegen den Religionsunterricht zu erklären. Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und für das Kind, und dann fordern wir die Freiheit der Schule von der geistlichen Aufsicht. (Beif. rechts.)

Reichsministerpräsident, Scheidemann: Wenn heute vormittag bei Eröffnung der Debatte die Regie nicht so geflappert hat, wie es hätte sein sollen, so deshalb, weil die Regierung alle ihre Einrichtungen darauf getroffen hatte, heute die Sozialisierungsdebatte fortzusetzen. Das war eine Frage, die uns — das sage ich bei allem Interesse, das ich auch für diese Kulturfrage habe — jetzt noch dringlicher erscheint. (Sehr richtig! links.) Wenn nun gestern abend beschloßen worden ist, heute morgen diese Debatte zu beginnen, so war es absolut ausgeschlossen, die in Betracht kommenden Herren, die mit unserem Einverständnis nach Berlin gegangen waren, um dort sehr wichtige Geschäfte zu erledigen, bis heute vormittag an Ort und Stelle zu haben. Daraufhin hat an meiner Stelle — ich war gern bereit, für Reichsminister Kreuz einzutreten und nur im Moment abgehalten — Herr Minister Weiß die Freundlichkeit gehabt, den Beschluß, den wir im Ministerium gefaßt haben, vorzutragen. Daraus werden Sie ersehen, daß wir nicht im geringsten daran gedacht haben, Obstruktion zu machen. Angenehm ist ja unsere Situation bei dieser Debatte nicht. Ein-

mal wird dagegen opponiert, daß die Schulfragen Reichssache werden sollen, und dann wiederum werden wir gefragt, wie wir uns zu dem stellen, was in den Einzelstaaten geschieht. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß alle diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung. Aber, wenn Sie uns in die Verfassung hinein und diese Rechte geben wollen, dann wird der Ausgang dieser Debatte ein ganz anderer sein, als die Herren Interessenten sich vorgestellt haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frau Bieh (U. Soz.) nimmt Adolf Hoffmann in Schutz gegen den Vorwurf, daß er das Andenken seiner Mutter besudelt habe. Die Revolution hat fast eigenes Recht in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule durchgesetzt. In Preußen hat freilich der Kultusminister Haensch Angst vor seiner eigenen Courage bekommen und die ersten Er-

Die Zeichnungsfrist der Berliner Stadtanleihe von 1919 ist kurz, nützt sie aus, Schluß am 17. März.

lasse dieser Art zurückgezogen. (Hört, hört! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche und eine Arbeiterschule sein soll, und die Kinder dazu erziehen soll, ihren Willensherrschaftsreich zur Seite zu stehen. (Ruf: Mit Handgranaten! — Unruhe.) Unser neues Aktionsprogramm fordert: Trennung von Kirche und Staat und eine weltliche Einheitschule. Wir verlangen, daß diese Forderungen als Postulate in die Verfassung der deutschen Republik aufgenommen werden. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung. — **Abg. Rumm (Dtsch. Volk.)** gipfelt dem Sinne nach die Rede des früheren Abg. Adolf Hoffmann, „er müsse bemerken, daß er nicht wisse, wessen Sohn er sei, daß aber sein Vater wohl in einer Kutsche gefahren habe“. Nach meinem Empfinden hat er damit das Andenken seiner Mutter vor versammeltem Parlament besudelt. — **Abg. Frau Bieh** bekräftigt, daß diese Worte eine Besudlung des Andenkens der Mutter seien. (Mittwoch 2 Uhr. (Zweite Sitzung des Sozialisierungsausschusses und des Ausschusses über Regelung der Kohlenförderung.) Schluß 3/8 Uhr.

Groß-Berlin

Einführung und Verpflichtung der Stadtverordneten durch den Oberbürgermeister Vermuth wird am Donnerstag, den 18. März, nachmittags 5 Uhr, im Stadtbürgermeisteramt des Berliner Rathauses erfolgen.

S. P. D. Berliner Kathausfraktion.

Fraktions-Sitzung heute Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, Rathaus, Zimmer 55.

Die Vollversammlung

der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte findet heute, Mittwoch, vormittags 10 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110, statt.

Tagungsordnung: Stellungnahme zum Mittelkongress.

Der Volksrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte.

Richard Müller. Paul Reue.

Falsche Zwanzigmarscheine.

Seit kurzem sind neue Fälschungen von Reichsbanknoten zu 20 M. mit dem Datum des 7. Februar 1908 und des 21. April 1910 vorgekommen.

Die Fälschlinge unterscheiden sich von den echten Noten in der Hauptfarbe dadurch, daß die Fälschungen nicht wie bei den echten in das Papier eingewirkt, sondern durch Ausdruck von Fälschbildern nachgebildet sind. Außerdem ist die Größe des rechten roten Stempels um eine Kleinigkeit zu gering, so daß auf den falschen Noten zwischen dem Stempel und der ihn umgebenden blauen Rosette ein heller Kranz erscheint, während auf den echten Noten der Stempel das Feld in der Rosette gänzlich ausfüllt.

Vor Annahme wird gewarnt. Die Reichsbank hat eine Belohnung von 5000 M. für denjenigen ausgesetzt, der zuerst einen Verfertiger oder wissenschaftlichen Verbreiter dieser Fälschungen anzeigt.

Die Berliner Feuerwehrt dient als Wohlfahrts-Einrichtung lediglich dem Schutze von Gut und Leben der Einwohner. Während der Kämpfe hat sie sich in hervorragender Weise bei dem Bergen von Toten und Verwundeten betätigt. Dem Gerücht, daß sie Munition besäße, muß mit aller Schärfe entgegengetreten werden, da die Feuerwehrt bei ihrem Rettungswerke bereits öfters beschossen worden ist und hierbei Verluste erlitten hat. Jeder treue Bürger solcher Gerüchten entgegen und bringe die Verbreiter zur Anzeige, damit ihre gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Der Verkehrsstreik paßt nur für die armen Teufel. Wer genug Geld hat, konnte und kann noch mit Autos (Nachfahrter Berliner Bohnhof-Korrespondenz bis zu 150 M.), Droschken und den zahllosen

Gelegenheitsfahrten, Grünfranzosen usw. fahren, die jetzt einen konjunktions- und steuerfreien Luxusverkehr aufgemacht haben.

Die Post nach Tschekoslawien, also auch die unterjochten deutschen Sudetenländer, ist gesperrt.

Die Reiseerlaubnischeine können von jetzt ab für Hin- und Rückfahrt beantragt werden.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegsdienstverletzte. Freitag, den 14. März 1919, abends 7 Uhr, im Lokal von Lange, Siemensstr. 10, Kommandant-Allee, Ecke Reichstraße: Versammlung. Erscheinen aller aus Siemensstadt bringend geboten. Der Einberufer: G. Reich.

Vortrag. Heute Mittwoch, abends 7/8 Uhr, spricht in der Singakademie (Kahnenwäldchen) Dr. Stadler über „Der Volksgewissens und das alte Parteiwesen.“

Arbeiter-Samariterbund. Lehr- und Übungskunde haben abends 7 Uhr: 8. Uhl. Schönberg, Vorbergstr. 11, am 13. März; 5. Uhl. am 14. März, Neukölln, Reichsstr. 8, Ideal-Passage. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Milchkarten. Die Wagermilchkarten April/Juni kommen in Groß-Berlin in den nächsten Tagen zur Ausgabe. Für jedes in der Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 geborene Kind wird eine rote mit I bezeichnete Wagermilchkarte verausgabt. Sie sind in Berlin von heute Mittwoch bis Dienstag, den 18. März von den Volkswirtschaften abzuholen. Das Alter des Kindes ist erforderlichfalls durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen. Die Wagermilchkarten werden von heute ab ausgeben — Infolge der Verkehrsstörungen und Unruhen müssen sehr viel Kräfte auf Milch, Krankenbesuch usw. verzichtet. Soweit es möglich war, ist der Betrieb der Zentralstelle für Krankenernährung aufrecht erhalten worden, damit wenigstens die dringenden Anträge erledigt werden. Es kann jedoch, solange die augenblicklichen Verhältnisse bestehen, keine Gewähr dafür übernommen werden, daß selbst schwer und plötzlich Erkrankte so schnell wie bisher mit den erforderlichen Zulassungsmitteln versehen werden.

Berlin, Fleisch. Infolge der Störungen des Bahnverkehrs und der Unruhen und Veränderungen ausgefallenen Kunden sollen in erster Linie die Fleisch- und Wurstwaren am besten beschaffen sein. Die Fleisch- und Wurstwaren sind am Freitag, den 14. März, um 10 Uhr im Reichstag auszugeben. — Bis morgen Donnerstag wird in den Bezirken der 28. und 31. Volkswirtschaft 125 Gramm Fleisch verteilt.

Bundrottaustausch. Bis morgen Donnerstag in den Bezirken der 100., 188. und 218. Volkswirtschaft und bis Freitag in den Bezirken der 157. und 236. Volkswirtschaft pro Kopf 1/2 Dose.

Mariendorf. Auf Wagermilchkarte für Januar/März 1919 für Gruppe I Schokolade im Gymnasium-Lagerkeller, Eingang von der Rothenturmstr. Verkaufsrechtigte A-K am Mittwoch, den 13. März, L-2 am Donnerstag, den 14. März, vormittags 9 Uhr, bis 12 Uhr. Auf die Abnahme 98 und 94 500 Gramm Rarwa, (abz. Kartennummerung bis Donnerstag).

Spandau. Feld 210 der alten Lebensmittelkarte ist auszubehalten. — In einer Anzahl Geschäfte sind noch Lebensmittelkarten Feld 212 zu haben. — Auf Butterabgabe 4 der Lebensmittelkarte ist noch Butter in einer Anzahl Geschäfte zu haben; ebenso Margarine und Gemüsekonserven auf Feld 215. — Die Stempelkarten dürfen bereits verkauft werden und zwar je 250 Gramm gegen Feld 217. Der Preis beträgt 88 M. für 1 Kilogramm. Feld 217 verliert mit Ablauf von Freitag, den 14. d. Mts. seine Gültigkeit. Die gesammelten Abnahme sind von Sonnabend, den 15. bis Mittwoch, den 19. März, im Rathaus, Zimmer 406, abzugeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sämtliche Mitglieder-Versammlungen für heute Mittwoch, den 12. März, sind wegen des Belagerungszustandes genehmigungspflichtig. Da es und unmöglich ist, diese Genehmigung im Polizeipräsidium wegen der Absperrung einzuholen, hat der Reichswehrminister Noelle die Genehmigung für alle Mitglieder-Versammlungen am heutigen Abend generell erteilt.

In den heutigen Nachmittagen sollen möglichst die Arbeitsplätze der Parteimitglieder im Interesse der Organisation festgestellt werden.

7. Abteilung. Heute Verammlung Kula, Wilhelmstr. 9/8, Vortrag über die politische Lage. Referent: Dittmer.

Bankow. Mitglieder-Versammlungen: 1. Mittwoch, den 12. März, abends 7 Uhr, im „Böhmer-Kassant“, Berliner Str. 80/82. 2. Mittwoch, den 12. März, abends 7 Uhr, im „Rückigen Feld“, Reichsstr. 14. 3. Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, im „Schmuckhagen“, Reichsstr. 9.

Sichterfelde. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, in der Kula Ringstraße: Mitglieder-Versammlung. — Tagesordnung: Vortrag des Genossen Unger über: „Die Reichsverfassung“. 2. Ansprache. 3. Stellungnahme zur Kreis-Generalsversammlung und Wahl der Delegierten. 4. Vereinsangelegenheiten.

Schöneberg (6. Bezirk). Heute: Abends nicht Kaiser-Friedrich-Str. 18, sondern bei Grad, Bohmstr. 19/20.

Jepernitz-Wandgental. Morgen, Donnerstag: Abends bei Marx, Dürwollstr. 12. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Aus aller Welt.

Rathauseinbrecher.

Am Montag wurde die im Rathaus zu Liebenwerda untergeordnete Kammereklasse von mehreren unbekannten Männern ausgeraubt. Der Kendant wurde durch Schläge auf den Kopf betäubt und gefesselt. Den Tätern fielen 60000 M. in die Hände.

Aufforderung zur Zeichnung der 4% Berliner Stadtanleihe von 1919

Zur Verrückung der öffentlichen Ausgaben der Stadt Berlin ist durch Beschluß der städtischen Behörden vom 9. 1./80. 1. 1919 die Aufnahme einer neuen Anleihe von 400 000 000 M. genehmigt worden. Die Anleihe wird hiermit zur allgemeinen Zeichnung aufgelegt. Für die Zahlung und die Veranschlagung der Stücke gelten die untenstehenden Bedingungen. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 % des erparten Zinses durch Ansammlung eines Tilgungsfonds derart, daß die in dieser Zeit angefallenen Beiträge zur Tilgung nur durch Auslösung zu verwenden sind. Vom 1. 4. 1920 ab findet die Tilgung mit 2 % einfallend bei der Ansammlung eines Tilgungsfonds statt, und zwar so, daß die angefallenen Beiträge von 5 zu 5 Jahren zur Tilgung durch Ankauf oder Verlosung verwendet werden.

Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen wie über jedes andere Wertpapier (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen. Die Benutzung des Stadtschuldbuches mit allen sich daraus ergebenden Bequemlichkeiten und Vorteilen wird den Zeichnern empfohlen.

Zeichnungsbedingungen.

1. Zeichnungen werden vom 3. bis 17. März 1919 von sämtlichen Zeichnungsstellen angenommen. Der Magistrat behält sich vor, die Zeichnungsfrist jederzeit abzukürzen.
2. Hauptzeichnungsstelle ist die Stadthauptkasse Berlin, Rathaus, Erdgesch., Zimmer 20, Eingang Spandauer Straße. Geschäftsstunden werktäglich von 9—2 Uhr. Zeichnungsstellen sind sämtliche Banken und Bankfirmen Groß-Berlins sowie die in den Bekanntmachungen, an auswärtigen Plätzen genannten Banken und Bankfirmen, die Deutsche Girozentrale in Berlin, Gertraudenstr. 16/17, und die Brandenburgische Girozentrale in Berlin, Kronenstr. 61—63, die städtische Sparkasse Berlin mit sämtlichen Zweigstellen und amtlichen Rechenstellen, die städtischen Sparkassen in Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Potsdam und Cöpenick, die Gemeindeparkassen in Berlin-Pankow, Berlin-Mariendorf, Berlin-Weißensee.
3. Die Zeichnungsstellen sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen. Die Schuldverschreibungen werden in Stückn zu 10 000 M., 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 200 M., 100 M. ausgefertigt werden. Die zur Fertigstellung der Stücke werden Zwischenscheine ausgegeben. Die Zinsscheine sind selbst ab 1. März und 1. September jedes Jahres. Der Zinslauf beginnt am 1. März 1919, der erste Zinsschein ist am 1. September 1919 fällig.
4. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 M. für je 100 M. Nennwert, unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen. Den Schlussnotenstempel trägt der Zeichner.
5. Die Zuteilung findet unmittelbar nach dem Zeichnungsstichtag statt. Die bis zur Zuteilung bezahlten Beträge gelten als voll zugewendet. Im Falle der Ueberzeichnung entscheidet der Magistrat über die Höhe der Zuteilung. Wünsche wegen der Zuteilung sind im Zeichnungsstichtag anzugeben, andernfalls wird die Zuteilung von den Zeichnungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen.
6. Die Zeichner können die genehmigten Beiträge sofort bezahlen; die Verzinsung beginnt vom Tage der Zahlung ab.

Die Zahlung muß bis 17. April 1919 geleistet sein und hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Berlin, den 23. Februar 1919.

Magistrat.
Verantwortl. 107.

Der Bürgerkrieg in Berlin.

Lichtenberg.

Ein abgelehnter Lösungsversuch.

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg unterbreitete dem Reichswehrminister das Ersuchen, die Aktion der Reichsregierung gegen Lichtenberg einzustellen. Zu den angebotenen Bedingungen gehörte die Aufstellung einer Volkswehr, in die auch geeignete Spartakisten einbezogen sollten. Ferner wurde der Austausch der Gefangenen und völlige Straffreiheit für alle während der Kämpfe in die Hände der Regierungstruppen gefallen und auch für die sonst an den Kämpfen beteiligt gewesen Spartakisten gefordert.

Der Reichswehrminister hat dem Oberbürgermeister und der Bürgerschaft von Lichtenberg die größte Schonung der Stadt zugesichert. Eine Einstellung der vor ihrer Beendigung stehenden Operation könne jedoch gerade um der Bevölkerung willen nicht erfolgen. Vielmehr müsse endgültig auch dieser Stützpunkt der Spartakisten gereinigt werden, damit die Bewohner Lichtenbergs dauernd ihrer friedlichen Beschäftigung ungehindert nachgehen können.

Am Montagabend wurden die Störtrupps, die am Nachmittag bis über die Warschauer Straße vorgebracht waren, auf die bisher besetzten Stellungen wieder zurückgenommen. In der Nacht versuchten Spartakisten in der Warschauer Straße eine Abteilung Regierungssoldaten zu entwerfen. Zwei völlig ausgeplünderte Soldaten liefen zurück bis zu der in der Blumenstraße befindlichen Postenkette und alarmierten diese. Der sofort ausgedrückte Wutausbruch gelang es, den Ueberfall zu vereiteln. An verschiedenen Stellen wurde

(Schwere Artillerie (15-Zentimeter-Haubitzen)

aufgefahren. Gegen Morgen feuerte eines dieser Geschütze, an der Hand der in der Frankfurter Straße stehenden, eine größere Anzahl Schüsse gegen Lichtenberg ab. Ein weiteres Geschütz steht ebenfalls in der Großen Frankfurter Straße und ein drittes am Wülsingplatz. Wie verlautet, ist Lichtenberg seit Montag von der Gas- und Wasserversorgung abgeschnitten. Der ganze Kampfplatz ist festungsartig gerichtet. Mit ganz geringen Ausnahmen wird das Besitzen von Passanten verboten. Lediglich die Lebensmittelversorgung, Post und Polizei dürfen weiter durch die Sperrlinie. Das Gebiet wird von Norden und Südosten systematisch eingekreist. Neue Truppenverbände sind zu diesem Zweck in Aktion getreten. Die Zeitung der Regierungstruppen erwartet, daß die Spartakisten in den östlichen Vororten von nun ab binnen zwei Tagen zur Kapitulation gezwungen werden.

Die unbesiegbare Bevölkerung hat außerordentlich schwer zu leiden. Es läßt sich jedoch leider augenblicklich zur Besserung ihrer Lage sehr wenig tun. Auf mannigfache Beschwerden hin wurde das schwere Artilleriegeschütz am Dienstagvormittag von seinen der Regierungstruppen eingestellt. Am Dienstagabend nach 8 Uhr begann wiederum ein Feldgeschützfeuer (75 Zentimeter) gegen Lichtenberg. Eine größere Anzahl Geschütze steht jedoch ihre Tätigkeit von der Warschauer Straße aus weiter fort. Es wird mittels Maschinengewehrfeuer andauernd erwidert. Die Große Frankfurter Straße und der umliegende Kampfplatz liegen daher unter hartem Feuer. Von den Truppen wird sehr häufig darüber klage geführt, daß hinter ihrem Rücken oftmals Geschütze aufzutreiben, die ihnen Verluste zufügen. Besonders ist dies am Alexanderplatz in dem Häuserblock zwischen dem Bahnhof und dem Königsgroben festgestellt worden. Durchsuchungen in diesem Häuserblock haben seit durchweg keine Resultate gezeigt.

Die Abführung der Gefangenen.

Folgende Schilderung geht uns zu: Als ich am Sonntagabend gegen Abend in Lichtenberg die Allee entlang ging, kam mir eine siegestrunkene, grölende Kette entgegen, welche im Lichtenberger Polizeipräsidium Männer, alt und jung, zu Gefangenen gemacht hatte, nur einige und allein deswegen, weil sie Polizeibeamte waren und bis zur Gefangenschaft pflichtgemäß den inneren Dienst versehen hatten. Diese Unholde waren misshandelt, raubgierige Schanden. Nicht allein, daß sie ihre wehrlosen Opfer bereits blutüberströmt hinführten, wurden diese auf Schritt und Tritt ins Gesicht geschlagen, mit dem Gewehrkolben traktiert, kurz bestrafungswürdig behandelt, daß mich Grauen und Ekel erregten.

Sonntagmorgen hätte sich dasselbe schreckliche Drama wiederholt; als man einigen anderen Gefangenen dasselbe Los bereiten wollte, da sie die Berliner Kanonen ein. Unschuldige, vielleicht auch Schuldige waren hierbei leider als Opfer zu verzeichnen, aber sie hatten wenigstens vor dem Tode keine qualvollen Leiden durchzumachen, wurden nicht vorher noch Stundenlang gemartert. Als der Abend hereingebrochen, mußte ich der armen Schwerverwundeten gedenken, welche noch Aufnahme in das Städtischen Sanatorium gefunden hatten, während der finsternen Nacht aber keine Hilfeleistung erhalten konnten, weil das elektrische Licht vorsagte, oder an die Unglücklichen denken, welche schwerverletzt in Lichtenberg verpflegt wurden, wo Licht und Wasser fehlten.

Schwerlich ausgerichtet wurde in der vergangenen Nacht der Jäger zu Pferde Erwin A. Er wurde in der Brunnenstraße überfallen und durch Faustschläge und Fausthiebe so schwer mißhandelt, daß er nach dem Gornitzplatz gebracht werden mußte.

Die Entwaffnung.

Die Garde-Kavallerie-Division teilt mit: Nachdem der größte Teil Berlins von Banden befreit ist, kommt es auf eine reifliche Erfassung von noch verborgener Waffen an, um jedes Wiederwachen der Unruhen zu verhindern. An die Einwohner, denen bei den Vorbereitungen zu den Unruhen die Waffensysteme nicht vorherzusehen geblieben sein können, ersucht daher der bringende Ruf, die verborgenen Waffen anzugeben.

Für zweckdienliche Angaben zählt die Garde-Kavallerie-Division, Eden-Hotel, Wohnungen von etwa 10 Proz. des Wertes. Alle Angaben werden unter der Aufsicht von dilligster Geheimhaltung verwahrt.

Erordnung zweier Verwundeter.

Gestern Abend erschienen bei uns drei Genossen von der Republikanischen Schutztruppe, um uns folgenden Vorfall zu berichten:

Wir hatten am Montag früh Befehl erhalten, mit einem Auto nach Lichtenberg zu fahren, um Lebensmittel, die für unsere Truppe dort noch lagerten, abzuholen. Als wir auf den Wallenpfad kamen, erhielten wir hartes Feuer. Wir machten halt und sahen nach der Kominternstraße zurück, wo sich das Feuer noch vergrößerte. Von allen Seiten, aus allen Fenstern wurde auf uns geschossen. Trotzdem gelang es uns, durch den Heldennut unseres Führers, der mit einem schweren Druckschuss weiter fuhr, zu entkommen.

Wir hatten sechs Verwundete, darunter zwei schwere. Von diesen sechs fielen nachträglich noch zwei auf eine sehr geheimnisvolle Art den Spartakisten zum Opfer. Als wir uns in der Kominternstraße befanden, kamen plötzlich einige Männer, die eine weiße Fahne schwengen und riefen: **Der Wut ist**

verbunden werden." Die Kameraden Müller und Gold, die nur leicht verwundet waren, sprangen darauf ab und gingen mit den unbekannt Namen.

Seute sind ihre total getrefen Leichen im Schauspiel eingeliefert worden.

Ein verhindertes Nord.

Sonabend in der sechsten Abendstunde kam ein Motorradfahrer der Regierungstruppen durch die Bankstraße gefahren. Als er die Badstraße passieren wollte, wurde er von der Menschenmenge vom Rad heruntergerissen. Das Motorrad wurde von zwei Mann, wovon der eine in Helbraun gekleidet war, nach der Richtung Bankstraße fortgebracht. Der Fahrer wurde nach einem Hausflur in der Pringelallee geführt und sollte mit dem Revolver, der bei ihm gefunden wurde, erschossen werden. Während er sich der Auf-Kruppen näherte, die feigen Körper, welche meistens in Helbraun gekleidet waren, gaben Herzensgeld. Dies war des Führers Rettung. Es kam ein Militärführer in Richtung Bankstraße gefahren und es gelang dem Fahrer, in voller Hast aufzuspringen. In dieser Stelle sind in diesen Tagen überhaupt viel Gewalttätigkeiten verübt worden. Sogar die Feuerwehr wurde angehalten und von der Menge nach Waffen unterzucht! Soldaten der Republikanischen Soldatenwehr verbreiteten hier unmaßige Behauptungen über von den Regierungstruppen begangene Verbrechen und trugen viel dazu bei, das Volk gegen die Regierung aufzufahren.

Das Standrecht.

Die A. S. -Korr. berichtet: In der Französischen Straße 82 wurde am Dienstag die Kasernenverwaltung der Volksmarine-Division von Regierungstruppen besetzt und 18.000 Mann beschlagnahmt. Angehörige der früheren Volksmarine-Division, die sich noch Gelder abholen wollten, sind festgenommen, ebenso Angehörige der Republikanischen Soldatenwehr, die nach Bestimmung ihrer Personalien wieder freigelassen wurden. Die Gefangenen tragen teilweise noch Waffen und leisteten bei der Verhaftung Widerstand. Es wurde Munition, darunter auch Dum-Dum-Geschosse, gefunden. Von den rund 250 Gefangenen wurden 21 auf der Stelle standrechtlich erschossen.

Im Laufe des gestrigen Tages ist eine Anzahl von Spartakisten verhaftet und im Polizeipräsidium eingeliefert worden.

W. J. schreibt: Die Nachrichten verschiedener Blätter über widerrechtliche Erschießungen von Gefangenen im Polizeipräsidium Berlin beschränken sich nicht. Die Gefangenen werden, falls sie nicht der Knordnung des Oberbefehlshabers Moskalewitsch mit den Waffen in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend betroffen werden, dem Richter zugeführt. Im übrigen ist im Polizeipräsidium nur eine geringe Anzahl von standrechtlichen Erschießungen vorgekommen.

In der Valslebenstraße liegt mitten auf dem Damm vor dem Hause Nr. 11 der Wohnung einer schwerer 22 Zentimeter-Mine. Um ein Unglück zu verhüten, ist die Stelle mit einem Stacheldrahtgürtel umgeben.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte

wurde vom Volkswagen geleitet. Die Versammlung beschäftigte zunächst die vom Volkswagen festgesetzte neue Wahlordnung für die Vollversammlung, nach der auf je 250 Mann — statt bisher 1000 — 1 Delegierter zu entsenden ist und alle selbständigen militärischen Behörden ebenfalls durch je einen Delegierten vertreten sind. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit der Verordnung über die Bildung eines Gouvernements-Soldatenrats und beauftragte den militärischen Ausschuss des Volkswagens, mit dem Gouverneur resp. den zuständigen Stellen wegen Abänderung des Wahlreglements zu verhandeln. Die Neuwahl der militärischen Mitglieder des Volkswagens, die durch Verhältnismäßig erfolgt, hatte das Ergebnis, daß für die Liste der Fraktion der Reichheitssozialisten 117, für die die Liste der U. S. P. 72 Stimmen abgegeben wurden und danach die Reichheitspartei 5, die Unabhängigen 8 Sitze im Volkswagen erhalten. Angenommen wurden zwei Anträge, wonach in den Volkswagen als militärische Mitglieder nur Soldaten gewählt werden dürfen, die gleichzeitig Soldatenrat sind. In Zukunft sollen die Volkswagenratsmitglieder keine weiteren militärischen Beamten oder Vorgesetzten dürfen, außer dem Amt als Soldatenrat ihres Truppenteils. Auch

die Vorgänge in Berlin

wurden traktiert. Stuhl (S. P. D.) vom Volkswagen Brandmarke die Vorgänge in der letzten Vollversammlung, in der das Gerücht, die Augustaner würden gewalttätig im Volkswagen zurückgehalten, zu einem leidenschaftlichen Ausschusse Anlaß gab, der leicht dazu hätte führen können, die Berliner Truppen gegeneinander zu setzen. Der Verlauf zeigt, daß unverantwortliche Drahtzieher an der Arbeit seien, die man leider nicht fassen könne. Das militärische Volkswagenratsmitglied Albrecht stellte demgegenüber fest, daß die unabhängige Fraktion an diesen Vorgängen in jener Versammlung, die eigentlich gar nicht stattfinden sollte, völlig unbedeutend sei und betonte, daß alle drei in Betracht kommenden Parteien, die S. P. D., die U. S. P. und die R. V. ausdrücklich die Veröße ausgegeben hätten, daß der Streik nur mit legalen Mitteln durchgeführt werden solle und daß die entscheidenden Vorgänge wohl hätten verhindert werden können, wenn dem Volkswagen größerer Einfluß auf die Kommandantur zugestanden hätte. In vielen Fällen seien aber die Meldungen über die Vorgänge, so die in Lichtenberg, stark übertrieben worden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

In den großen Betrieben von Berlin und Umgegend war die Arbeit auch am Dienstagmorgen noch nicht durchgehend aufgenommen worden. Die Arbeiter dafür immer in den Verlehrsabteilungen und den Sporthallen. So lag der Betrieb der M. -W. -K. -Promse in Lichtenberg auch am Dienstagmittag noch vollständig still.

Allgemein gearbeitet wurde bereits seit Montag bei Siemens u. Halske und in der U. S. G. Dagegen haben sich in dem Fabrikwerk Oberkandene die Arbeiter geweigert, ihre Tätigkeit aufzunehmen, solange nicht die Regierungstruppen zurückgezogen seien.

Gänzlich ruht auch noch der Betrieb der Motorenfabrik Daimler in Marienfelde. Die Arbeiter haben durch geheime Abstimmung beschlossen, im Streik zu verharren. Am Dienstagmittag ruhte der Betrieb noch.

Wer hat begonnen?

Ein älterer Mann schreibt uns: Ich hatte am Dienstag, den 4. März, zwischen 9 und 8 Uhr nachmittags, auf dem Alexanderplatz zu tun. Der Platz war fast besetzt und es wurden von Spartakisten sehr aufreizende Reden gehalten, woran sich besonders „Sicherheitsmannschaften“ (Motoristen mit roter Armbinde und Gewehr, also im Dienst) beteiligten. Es wurde von den Rednern u. a. behauptet, die Veränderungen in den Goldwährungsgesetzen wären nur von Regierungstruppen ausgeübt worden, sonst sei ja das noch niemand anders auf der Straße gewesen! — Sämtliche Drohsätze wurden angehalten, die Poststraße mußten ausgehoben und der Fahrer wurde unter Drohungen, ja ja

schnell wie möglich nach Hause zu fahren, zurückgeschickt. So wurde auch eine Frau, die sich eines Gepäcks bei sich hatte, gezwungen, auszuweichen. Das Bitten der Frau, sie müsse eilig zum Bahnhof, fand kein Gehör. Erst als ich mich dieses großen Unrechtes wegen an die Menge wandte, wobei ich auch noch Unterstützung im Publikum fand, wurde es der Frau ausnahmsweise gestattet, das Gefährt zu benutzen. Hiergegen protestierten nur tabulose und schamlose Elemente und der — „Sicherheitsfaktor“.

Bei einer Spezialrede erklärte derselbe Redner: „Wir werden hier nicht vom Blaye weichen, wir warten nur darauf, daß die Regierungstruppen kommen, dann schließen wir unsere Patronen bis auf die letzte auf diese Patronen ab.“

Die größten Heer waren immer „Sicherheitsfaktoren“.

Der Straßenbahnverkehr

wird im Laufe des heutigen Tages auf den befahrbaren Strecken wieder aufgenommen. Dies ist das Ergebnis vielfältiger Verhandlungen, die gestern zwischen der Direktion und den Angehörigen geführt worden sind.

Eine Aussprache über den Generalstreik.

Gestern Abend tagte in den Kammerkassen eine Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute und Funktionäre, die sich über die Haltung unserer Genossen zu dem bevorstehenden Generalstreik aussprachen.

Erwin Barth behandelte in seinem einleitenden Vortrage den Widerstreit zwischen dem marxistischen Sozialismus und dem Volkswissenschaft und sprach daran anschließend die unergorene Selbstschick unaufrichtiger Arbeitermassen, die in dieser Zeit die Demokratie gefährden und eine reibungslose Sozialisierung und den Aufbau des neuen Deutschland erschweren. Er erörterte sodann den Verlauf des abgeschlossenen Generalstreiks und referierte reiferfertigend über die Haltung der Arbeiterräte der S. P. D. während des Streiks. Der Streik sei wohl losgebrochen und von Anfang an allen bisherigen Streikgeschehnissen gegenüber behandelt worden. Man habe unsere Solidarität mißbraucht, indem man sie für Forderungen in Anspruch nahm, die letzten Endes gegen unsere Partei selbst gerichtet waren. Wir hätten uns gewissermaßen bei diesem Streik ins Schlepptau nehmen lassen. Am Schluß appellierte er an die Genossen, mit verstärkter Kraft in positiven Sinne die Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft fördern zu helfen und durch Bereitstellung aller Kräfte für die Partei der Propaganda wieder erhöhte Schwerekraft zu verleißen.

Reinhold beantwortete eine Parteipolitik, die es uns ermöglicht, mit den vernünftigen Elementen unter den Unabhängigen wieder zusammenarbeiten zu können.

Heiß führte zum Beweise dafür, daß der Generalstreik von den Unabhängigen seit langer Zeit vorbereitet wurde, folgendes an: Als kühnlich der Streik in den Kauf- und Warenhäusern ausbrach, empfahl mir der zu den Unabhängigen gehörende Handlungsgehilfe Weidmann, den Streik noch etwas in die Länge zu ziehen, damit sich der unter Mitwirkung von Däumig von den Unabhängigen beschlossene Generalstreik an diesen Streik anschließen könne. — Weiter sagte der Redner, die Stimmung für den Streik sei dadurch begünstigt worden, daß noch vor kurzem von führenden Parteigenossen, besonders von Scheidemann in einem Interview erklärt wurde, die Regierung denke gar nicht daran, das Räteystem in irgendeiner Form in die Verfassung aufzunehmen.

Konst betonte, daß auch die ebenen Verhältnisse, besonders der Hunger, viel zu der Streikstimmung beigetragen haben.

Brast sagte, die Arbeiterschaft hat den festen Willen, an dem Aufbau des neuen Deutschlands mitzuarbeiten, aber wir sehen, daß von der Nationalversammlung nicht viel zu erwarten ist. Es war ein großer Fehler, daß die „Freiheit“ verboten wurde. (Zustimmung.) Früher waren wir stolz darauf, daß der „Vorwärts“ in der Berichterstattung durchaus zuverlässig war, wenn er auch manchmal hinter der bürgerlichen Presse herblinke. Jetzt ist das leider anders geworden. In der Lichtenberger Angelegenheit hat der „Vorwärts“ einen unwahren Bericht gebracht. Der Redner trug die gestrigen Abend im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärungen des Volkswagenrats in dieser Angelegenheit vor. (Sobte sie der Volkswagenrat uns geschickt, so hätten wir sie sofort gebracht; so aber waren wir auf eine Lokalpresse angewiesen. Im übrigen ist die Sache noch lange nicht ausgeklärt. Red.)

Strasser (Vorsitzender der Fraktion der S. P. D. im Arbeiterrat): Bei dem Streik drehte es sich um die Anerkennung des Räteystems als wirklich wirksame Vertretung der Arbeiter. Wenn wir uns haben ins Schlepptau nehmen lassen müssen, so liegt die Schuld bei der Regierung und bei der Parteileitung. Noch am 26. Februar erklärte die Regierung, daß für die Arbeiterräte kein Platz in der Verfassung sei. Aus dieser schon vorher bekannten Ablehnung des Räteystems erklärt es sich, daß sich unter den Arbeitern viel Unbehagen angesammelt hat. In dem Augenblick, wo sich die Vollversammlung der Räte als Forderung für den Streikbeschluss betraute, mußten wir uns solidarisch erklären, um an der ordnungsmäßigen Durchführung des Beschlusses mitzuwirken, und für den Abbruch einzutreten, wenn die Forderungen, die Gemeinut der Massen geworden waren, erfüllt wurden. Der Streik war jedoch gegen die Regierung. Unser Erfolg ist es, daß er sich nur so weit gegen die Regierung richtete, als sie gegen die Streikforderungen aufgetreten wäre. Hätte die Regierung schon vor vier Wochen erklärt, das Räteystem solle in der Verfassung verankert werden, dann wäre der Streik nicht gekommen, und alle die Arbeiter, die in letzter Zeit von uns abgefallen sind, hätten heute noch in unserem Lager. Der „Vorwärts“ und die Berliner Parteileitung tragen an der Verwirrung der Massen viel Schuld. (Zustimmung.)

Simmel führte aus, die Arbeiterräte seien eine Grenz-sache für die Arbeiter geworden, aber die Regierung habe kein Verständnis dafür gezeigt. Die Partei müsse ein klares Aktionsprogramm aufstellen. Die Kompromisspolitik der Sozialdemokratischen Regierung können wir nicht als sozialdemokratisches Programm anerkennen. Die Stimmung für den Streik sei doch unter den Massen nicht so bereitwillig gewesen, wie Strasser annehme. Die Abstimmung in den Betrieben habe das bezeugt. Es gebe ja keine Unabhängigen, die bereit seien, sich von ihren unermüdeten Genossen zu trennen und sich mit uns zu vereinigen. Mit den Einigungsmaßnahmen dürften wir nicht unsere eigene Einigkeit fördern lassen. (Zustimmung.)

Bergmann sagte, der „Vorwärts“ betrachte sich als Regierungsorgan. Er solle aber unser Parteiorgan sein und nicht mit der Regierung durch die und dann gehen.

Ein Vertreter der Eisenbahner betonte, 28.000 Eisenbahner hätten reiflos auf dem Standpunkt des Räteystems. Ihre Räte hätten mit gutem Erfolg dem alten verkappten System in der Verwaltung entgegengebeitet.

Früher bemerkte demgegenüber, die Eisenbahner seien doch erst durch den Beschluß der Generalratskommissionen als nicht durch den Gedanken des Räteystems zum Streik veranlaßt worden.

Die Versammlung beschloß, die Lebensmittelfrage in der nächsten Konferenz zu behandeln und Versammlungen zur Aufklärung über den Sozialismus abhalten zu lassen. Ein weiterer Beschluß besagt, daß über einen Generalstreik nicht die Vollversammlung der Arbeiterräte, sondern nur die Arbeiterschaft selbst entscheiden soll.

Die Sozialistische Studentenpartei der Universität Berlin nahm in ihrer Versammlung vom 2. März 1919 folgende Resolution an, die gleichzeitig als Telegramm an den Präsidenten Ebert und Reichspräsidenten Scheidemann geschickt worden ist: „Die Sozial. P. ist der Ansicht, daß die Verwirklichung des Sozialismus abhängt von der sozialistischen Geninnung der künftigen Generation. Diese Durchführung des Sozialismus ist demnach eine Erziehungsaufgabe. Die Sozial. P. verzichtet daher, daß bei der Rekrutierung der preussischen Ministerposten auf den Sessel des Reichsministers nur ein Sozialist zu sitzen kommt.“

